



Erheint Mittwoch und Samstag

Obwaldner Volksfreund.

Abonnementspreis:
Für die Schweiz: jährlich Fr. 7.50,
halbjährlich Fr. 3.85; spesenfreie Ein-
zahlung auf Postchek-Konto VII/1085.

Insertionspreis:
Für Obwalden die einspaltige Petitzeile
12 Cts., für auswärtige 17 Cts., Wieder-
holungen Rabatt.

Meistgelesenes Blatt in Obwalden.

Druck und Expedition:
Louis Ehrli, Sarnen. — Telefon Nr. 32.

Neunundvierzigster Jahrgang

Nr. 40

Sarnen, Samstag 24. Mai 1919

* * * Aus Zeit und Streit.

Vor uns liegt ein Geschäftsverzeichnis für die am 2. Juni beginnende Tagung der eidgenössischen Räte, welches nicht weniger als 111 Nummern umfaßt. Es befinden sich darunter eine Reihe einschneidender und bedeutungsvoller Traktanden. Wichtige Fragen, welche höchst wahrscheinlich auch angeschnitten werden, sind auf dieser Traktandenliste noch gar nicht angeführt. Wir nennen deren wenigstens drei: Die Stellung der Schweiz zum Völkerbund, den Anschluß des Voralbergs an die Schweiz und die Antwort des Bundesrates auf die Note der Entente Staaten betreffend eine eventuelle Verkehrsperre gegen Deutschland. Was die erste der genannten Fragen anbelangt, so bildet sie allbereits den Gegenstand einer von drei Mitgliedern des Ständerates an den Bundesrat gestellten Interpellation. Uebrigens hatte der Bundesrat schon vorher für eine allfällige, auf Ende Juli oder anfangs August anzuberaumende zweite Sommeression eine ausführliche Botschaft über den Völkerbund und unsere Stellung zu demselben angekündigt. Nachdem das Voralberger Volk seinen Willen, sich der Schweiz anzugliedern, in einer so bestimmten Weise kundgegeben hat, wie dies in der Abstimmung vom 11. Mai geschehen ist, wird sich der Bundesrat gegenüber der Bundesversammlung über seine Stellungnahme zu dieser Frage auch nicht mehr länger ausschweigen können. Wenn er es tun wollte, so würde er wahrscheinlich auch auf dem Interpellationswege daran verhindert. Wie es uns scheinen will, haben sich die Aussichten dafür, daß die Schweiz um einen Kanton Voralberg bereichert werden könnte, doch eher gemindert, als gemindert. Uebrigens wird auch diese Frage kaum völlig für sich allein gelöst werden können. Sie wird wahrscheinlich zum Bestandteil eines größeren Fragenkomplexes gemacht werden, welcher die künftige völkerrechtliche Stellung der Schweiz umfaßt. Diese Frage gestaltet sich je länger desto mehr zu einem dornenvollen Problem. Wir müßten uns täuschen, sonst bildet daselbe die schwerste Sorge des gegenwärtig mit allerhand Sorgen nicht wenig geplagten Bundesrates.

Eine große und peinliche Ueberschuldung bildete für weite Kreise in unserm Vaterland die an den Bundesrat gestellte Anfrage, ob die Schweiz, um es deutsch und deutlich herauszusagen, an einer ab Seiten der Entente gegen Deutschland verhängten Grenzsperrung teilnehmen würde. Wir gestehen offen, daß uns diese Anfrage nicht so überraschend vorkommt. Nachdem das Aushungersystem im Weltkrieg eine so große Rolle gespielt und einen ausschlaggebenden Faktor gebildet hat, lag der Gedanke nahe, daß man von Seite der siegreichen Entente Staaten dieses Mittel auch anwenden werde, um Deutschland zur Annahme der harten Friedensbedingungen zu nötigen. Es ist nun klar, daß dieses Mittel, wenn nicht versagen, so doch jedenfalls nicht so rasch und durchschlagend wirken würde, wenn die Schweiz aus den Ländern der Entente uneingeschränkt Lebensmittel und andere Waren beziehen und dieselben dann wieder nach Deutschland exportieren könnte. Damit wollen wir nun allerdings die Anfrage, welche an die Schweiz gerichtet wurde und welche durchaus den Charakter eines schweren — moralischen Druckes an sich trägt, keineswegs rechtfertigen. Die Frage wird kaum mit einem kurzen und glatten „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden. Sie wird wahrscheinlich zu Unterhandlungen führen, wie solche ja während des Krieges zum öftern Male stattgefunden haben. Auf die fernere Gestaltung unserer internationalen Beziehungen wirft die diplomatische Note, welche am 19. Mai, abends 7 Uhr, im Bundeshaus überreicht wurde, ein allerdings etwas düsteres Schlaglicht.

Mit den Sorgen, welche uns unsere äußere Politik bereitet, paaren sich in diesem Augenblick auch Fragen der innern Politik, welche ebenfalls geeignet sind, manch eine Sorge in der Brust braver Eidgenossen zu wecken. Wenn es einmal, so tritt jetzt die Pflicht und die Notwendigkeit an uns heran, daß wir einig und geschlossen sein sollen. Unsere Politik soll nach außen eine kluge, aber auch eine kraftvolle sein. Dazu bedarf es des festen innern Zusammenhaltens unseres ganzen Volkes. Hoffentlich wird dieser Geist auch die großen Parteitagungen beherrschen, welche für die nächste Zeit vorgesehen sind. Schwerwiegende politische und soziale Fragen stehen auf der Tagesordnung und andere Fragen, welche nicht auf

der Tagesordnung stehen, werden darum doch in engem und weitem Volkskreise nicht weniger lebhaft besprochen. Es gibt zwar keine Burgunderbeute zu teilen und wir glauben auch kaum, daß man sich über die Aufnahme eines neuen Kantons in die Eidgenossenschaft entzweien werde; aber dennoch wäre heute ein kluger Ratgeber und ein gottbegnadeter Friedensstifter, wie der Mann vom Ranft einer war, eine sehr willkommene Erscheinung für die Eidgenossenschaft.

Parteitag der schweizer. konservativen Volkspartei.

(Mitteilung des Parteisekretariates.)

Das Zentralkomitee der schweizerischen konservativen Volkspartei hat beschlossen, auf den 1. und 2. Juni einen Parteitag nach Luzern einzuberufen. Es ist folgende Tagesordnung vorgegeben:

Beginn der Tagung: Sonntag, den 1. Juni, nachmittags halb 2 Uhr im „Hotel Union“. — Abends 7 Uhr: Nachessen (nach eigenem Belieben der Teilnehmer). Halb 9 Uhr: Freie Vereinerung im „Hotel Union“.

Fortsetzung der Verhandlungen: Montag, den 2. Juni, morgens halb 8 Uhr, im „Hotel Union“. — Schluß der Tagung vormittags 11 Uhr.

Um Zeit für die wünschbare Aussprache der Delegierten zu gewinnen, wird von ausführlichen, orientierenden Referaten über die verschiedenen Verhandlungsgegenstände Umgang genommen, dafür werden aber die Anträge des Zentralkomitees in nachstehender Traktandenliste zum voraus mitgeteilt.

Traktanden: 1. Diskussion und Beschlußfassung über:

A. Revision der Bundesverfassung. Einleitungsvotum von Nationalrat C. Dechenaur, Präsident der schweizerischen konservativen Volkspartei. — Antrag: Der Parteitag stellt in bezug auf die Revision der Bundesverfassung in erster Linie folgende Forderungen: Sicherung und Festigung der Unabhängigkeit der schweizerischen Eidgenossenschaft; Wahrung der politischen und finanziellen Selbständigkeit der Kantone; Durchführung der notwendigen sozialen Reformen im Sinne der Gerechtigkeit für alle Stände und der Klassenversöhnung; Ausmerzung der konfessionellen Ausnahmebestimmungen und Sicherung der konfessionellen Rechtsstellung.

B. Soziale Reformen. Einleitungsvotum von Redaktor G. Baumberger, Kantonsrat, Zürich. — Antrag: Der Parteitag verlangt zur Hebung der Volkswohlfahrt und in Berücksichtigung einer notwendigen Reform des Armenwesens in Kantonen und Gemeinden die Einführung der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung und fordert die gleichzeitige Lösung der Deckungsfrage in der bezüglichen Verfassungsbestimmung. Als leitende Grundsätze für diese Postulate bezeichnet der Parteitag: allgemeine Volksversicherung ohne Abgrenzung auf bestimmte Klassen. — Besondere Berücksichtigung nicht nur der Arbeiter und Angestellten, sondern auch der selbständig erwerbenden, weniger bemittelten Leute in Landwirtschaft und Gewerbe. — Angemessene Mittelstellung der Versicherten. — Abstufung der Beitragsleistung von Bund, Kantonen und Gemeinden je nach Vermögen und Einkommen der Versicherten und je nach der Bemessung der Beitragspflicht der Arbeitgeber. — Ermäßigung der Arbeitgeberbeitragspflicht für den bäuerlichen, gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand. — Durchführung der Versicherung unter Vermeidung einer zentralistischen Organisation und soweit möglich ohne zentralisierte Anstalt. — Sicherung der Mitarbeit der freien und berufständischen Klassen. Freiwillige Mehrversicherung bei privaten Institutionen. Ausschluß direkter Bundessteuern bei der Deckung.

Der Parteitag unterstützt die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit für die industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft unter folgenden Gesichtspunkten: Die Gesetzgebung soll bei Aufstellung bestimmter Normen unterscheiden zwischen Großunternehmen und kleinen Betrieben in Industrie und Gewerbe unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der letzteren. — Verbesserung der Ruhetagsbestimmungen. — Schutzbestimmungen gegen den Mißbrauch verkürzter Arbeitszeit, insbesondere bei Jugendlichen.

Der Parteitag verlangt eine gerechte Gestaltung der Lohn- und Erwerbsverhältnisse der arbeitenden Klassen ge-

mäß den Forderungen der sozialen Enzykliken Leo XIII. Er begrüßt die Errichtung eines eidgenössischen Sozialamtes. — Die Regelung dieser Reformen soll durch Bundesgesetz und nicht durch Bundesbeschluß mit Dringlichkeitsklausel erfolgen. — Der Parteitag verlangt vermehrten Schutz der Jugendlichen, der Frauen und der Heimarbeiter und unterstützt die Bestrebungen auf Regelung der Arbeitslosenfürsorge, dringt aber auf eine Ausführung, die vor Mißbrauch derselben zu parteipolitischen Zwecken und vor Ermunterung zur Nichtstueri sichert, und fordert ferner, daß ein Hauptgewicht auf Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gelegt und beim Bezug der Arbeitgeber zur finanziellen Belastung die wirtschaftliche Tragfähigkeit der kleineren handwerklichen, sowie gewerblichen Betriebe in billige Berücksichtigung gezogen wird.

Der Parteitag erblickt in den jetzt angestrebten Reformen betreffend Arbeitszeit, Lohnfrage, Arbeitslosenfürsorge usw. nicht die endgültige Lösung dieser Forderungen. Eine solche erscheint ihm, sofern sie glücklich sein soll, nur erreichbar, wenn sie auf dem Wiederaufbau einer staatlichen, berufständischen Ordnung mit öffentlich-rechtlichem Charakter dieser Organisationen und einem berufständischen Selbstbestimmungsrecht beruht. Er fordert die Anhandnahme von Vorarbeiten für diese Ordnung.

Der Parteitag verlangt die Unterstützung der Siedlungs- und Eigenheimbestrebungen, sowie des Ausbaues der Wohnungspolitik durch den Bund, die Kantone und Gemeinden; ferner eine gerechte, unsere schweizerischen Verhältnisse berücksichtigende Stellungnahme zur Frage einer Vertretung der Arbeiter- und Angestelltenchaft sowohl als des Staates bei den Aktiengesellschaften und den Großunternehmen überhaupt. — Er verlangt überdies die Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Staat, um gegen schädliche private Monopolisierungen einschreiten zu können.

Der Parteitag fordert Maßnahmen zum Schutze des kleinbäuerlichen Eigenbesitzes, überhaupt eine Agrarpolitik, die den Fortbestand eines kräftigen, sozial gefestigten schweizerischen Bauerntums und die Erhaltung der für die Landwirtschaft notwendigen Arbeitskräfte sichert.

Der Parteitag verlangt entschiedenes Festhalten an den unerschütterlichen christlichen Grundlagen der Ehe und Familie. Er lehnt das Frauenstimmrecht in der Form der absoluten Gleichstellung der Frau mit dem Manne ab, tritt aber für ein politisches Mitbestimmungsrecht der Frau in allen Fragen, die ihr Geschlecht direkt betreffen, ein.

Er verlangt vermehrte Aufmerksamkeit des Staates für einen sittlich und physisch gesunden Volksbestand, Maßnahmen gegen den künstlichen Geburtenrückgang und das „Keineindersystem“, sowie auch zur wirksamen Bekämpfung der Tuberkulose und des Alkoholismus.

Der Parteitag begrüßt die Schaffung einer Hilfskasse für das eidgenössische Personal.

C. Nationalratswahlen. Einleitungsvotum von Ständerat J. Winiger, Luzern. — Antrag: Der Parteitag fordert die kantonalen Parteioorganisationen auf, im Hinblick auf die Tragweite der zum erstenmal nach Proporz stattfindenden Nationalratswahlen im Oktober ohne Säumnis die Vorarbeiten aufzunehmen, damit nach Stimmen- und Vertreterzahl die konservative Volkspartei ihrer vollen Bedeutung nach zur Geltung kommt; es sind nach Möglichkeit in allen Kantonen eigene Listen aufzustellen.

D. Revision der Parteistatuten und Festlegung des Arbeitsprogrammes. Einleitungsvotum von Nationalrat Hans von Matt, Stans. — Antrag: Der Parteitag erteilt dem Zentralkomitee den Auftrag, eine Durchsicht der Parteistatuten vom 22. Aug. 1912 vorzunehmen und ein den aktuellen Bedürfnissen der Nachkriegszeit entsprechendes Arbeitsprogramm zur Vorlage an den nächsten Parteitag auszuarbeiten.

2. Erziehungswahl für drei verstorbenen Mitglieder des Zentralkomitees (Landammann Conrad, Marau, Nationalrat Steinhauser, Chur, Nationalrat Tissières, Martigny).

Die Wichtigkeit dieser Traktanden gibt dem Parteitag große Bedeutung. Es wird eine Ehrensache unserer kantonalen Organisationen und unserer interkantonalen Verbände und Vereine sein, vollzählige Delegationen zu entsenden.